



Beilage Medienmitteilung vom 18. März 2025

Chronologie der Medienmitteilungen vom 27.7.2022 – heute

Der Schweizerische Bankpersonalverband SBPV hat in den letzten zweieinhalb Jahren zum Niedergang der Credit Suisse und zur Integration in die UBS zehnmal mit Medienmitteilungen und einer Medienkonferenz Stellung genommen. Die folgende Aufstellung gibt die wichtigsten Punkte wieder.

27. Juli 2022

Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) ist ausserordentlich beunruhigt über die Entwicklung der Credit Suisse und nimmt die Entscheidung des Verwaltungsrates über den Wechsel des CEO zur Kenntnis. Die Bank wurde in der jüngsten Zeit von vielen Fehlern der Vergangenheit eingeholt. Es ist ihr in den letzten Monaten leider nicht gelungen, eine Lösung für die Herausforderungen in der Zukunft aufzuzeigen und sie hat im Gegenteil deutlich an Boden verloren.

Es kann nicht sein, dass die Mitarbeitenden der Credit Suisse in der Schweiz nun den Preis für die verfehlte Geschäftspolitik von Teilen der Konzernleitung der Credit Suisse Group bezahlen. Aus diesem Grund verlangt der SBPV, dass möglichst viele Stellen in der Schweiz erhalten bleiben.

27. Oktober 2022

Die Credit Suisse Group hat heute über die künftige Strategie informiert. Weltweit kommt es aufgrund der verfehlten Geschäftspolitik der vergangenen Jahre zu einer Neuausrichtung des Geschäftsmodells – verbunden mit einem massiven Stellenabbau. Völlig unklar ist aber, wie stark die erfolgreiche Schweizer Division und die hiesigen Konzernfunktionen betroffen sind. Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) fordert von der Credit Suisse Klarheit über die Pläne für die Schweiz.

Vor einem Jahr kündigte die Credit Suisse Group massive Sparmassnahmen an. Noch heute bleibt das Ausmass des geplanten Stellenabbaus in der Schweiz im Dunkeln. Der Schweizerische Bankpersonalverband fordert von der Bank Klarheit. Die Mitarbeitenden der Division «Swiss Bank» arbeiten äusserst erfolgreich, sie garantieren die Basis für eine gesunde Geschäftsentwicklung der Credit Suisse Group in der Zukunft. Die Mitarbeitenden in der Schweiz sollen nicht den Preis für die verfehlte Geschäftspolitik von Teilen der Konzernleitung in den vergangenen Jahren bezahlen.

19. März 2023 (vor der Medienkonferenz des Bundesrates)

Die Situation der Credit Suisse hat sich in den letzten Tagen weiter verschärft, eine Übernahme zeichnet sich ab.

Unabhängig davon, welches der berichteten Szenarien sich bewahrheiten wird: Für die rund 17'000 Angestellten der CS in der Schweiz steht enorm viel auf dem Spiel – und damit auch für unsere Volkswirtschaft.

Der Bankpersonalverband stellt die Menschen in den Mittelpunkt. Deshalb fordert er die Einsetzung einer Task-Force zu den betroffenen Arbeitsplätzen.



21. März 2023 (Medienkonferenz)

Bank-Rettung muss auch Arbeitsplätze-Rettung heissen. Die Milliarden Garantien vom Bund sollen an Bedingungen zugunsten der Mitarbeitenden geknüpft werden und der Bund soll sich direkt an den Kosten beteiligen. Vordringliche Ziele der Task Force:

- Der Arbeitsplatzverlust muss auf das absolute Minimum begrenzt werden;
- Kündigungsstopp bis Ende 2023 und anschliessend Umsetzung im Rahmen des Sozialplans;
- Kündigungsschutz ab 55 für alle Mitarbeitenden.

Der Schweizerische Bankpersonalverband arbeitet traditionell eng mit den beiden Grossbanken und ihren Personalkommissionen zusammen. Konkretes Ergebnis der gelebten Sozialpartnerschaft sind die guten Sozialpläne, die in beiden Grossbanken für Restrukturierungen bestehen und in der Vergangenheit gut funktioniert haben.

Es wurde in den letzten Tagen viel vom Vertrauen gesprochen, das wieder aufgebaut werden muss. Das Vertrauen in eine Bank basiert auf dem Vertrauen in die Mitarbeitenden der Bank.

24. März 2023

Die Verunsicherung ist riesig, insbesondere bei den rund 17'000 Mitarbeitenden der CS in der Schweiz, aber auch bei den UBS-Angestellten.

Mit der Petition fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner von Credit Suisse und UBS sowie dem Bundesrat einen Kündigungsstopp bis Ende 2023. Nur so kann verhindert werden, dass die normalen Mitarbeitenden die Zeche für die Krise bezahlen. Wo Kündigungen nicht vermeidbar sind, braucht es ausserordentliche Massnahmen.

12. April 2023

Der SBPV hat die Entscheide des Parlaments sowie die harsche Kritik gegenüber den Grossbanken zu Kenntnis genommen. Für den SBPV war es relevant zu hören, dass in mehreren Voten aus allen Parteien unmissverständlich darauf hingewiesen wurde, dass die Mitarbeitenden für dieses Debakel nicht verantwortlich sind.

Nach diesen zwei Tagen ist klar, dass die beiden Grossbanken unter genauer Beobachtung stehen. Der Umgang mit den rund 40'000 Mitarbeitenden wird zum Prüfstein, ob und wie die zwei Banken ihre Unternehmenskultur leben und wie wichtig ihnen der Standort Schweiz tatsächlich ist.

12. Juni 2023

Die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration sind qualifizierte und motivierte Mitarbeitende. Sie brauchen Informationen, Verlässlichkeit und verdienten Wertschätzung.

Im Integrationsprozess kommt in der Schweiz der Personalkommission eine zentrale Bedeutung zu, weshalb eine gemeinsame Personalkommission beider Banken gebildet werden muss. Ausserdem ist die Rolle der Personalkommissionen zu stärken. Sie brauchen beispielsweise jederzeit direkten und ungehinderten Zugang zu allen Mitarbeitenden, wie auch die nötigen Ressourcen, um Expertinnen und Experten beiziehen zu können



16. Juni 2023

An der heutigen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bankpersonalverbandes (SBPV) in Zürich trafen sich rund 100 Delegierte und Gäste aus der ganzen Schweiz. Im öffentlichen Teil wurde die Wichtigkeit der Sozialpartnerschaft von bundesrätlicher Seite klar unterstützt. In seiner Videobotschaft zeigte sich Bundesrat Guy Parmelin betroffen von den Ereignissen der letzten Monate mit den Mitarbeitenden des Bankensektors und machte klar, dass eine erfolgreiche Integration der Credit Suisse in die UBS nur mit einer soliden und von beiden Seiten gelebten Sozialpartnerschaft erfolgreich sein wird. Im Podiumsgespräch zwischen Boris Zürcher, Direktor der Direktion für Arbeit SECO, Balz Stückelberger, Geschäftsführer Arbeitgeber Banken und Natalia Ferrara, Geschäftsführerin SBPV wurde ein-mal mehr unterstrichen, dass der Erhalt von möglichst vielen Arbeitsplätzen das gemeinsame Ziel sein muss und die Mitarbeitenden auf eine verbindliche Kommunikation zählen. Denn dieses Grossprojekt gelingt nur mit engagierten und motivierten Mitarbeitenden.

31. August 2023

Die Credit Suisse verschwindet, die Menschen nicht!

Seit dem 19. März 2023 fordert der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze und eine gestaffelte, sozialverträgliche Restrukturierung über mehrere Jahre. In den letzten Monaten hat der SBPV intensiv verhandelt. Heute präsentiert die UBS ihre Pläne. In der Schweiz sind rund 3'000 Mitarbeitende betroffen, die von einem guten Sozialplan profitieren können. Die UBS führt ihre Restrukturierung über mehrere Jahre durch, womit sie ihre soziale Verantwortung wahrnimmt. Dies schmälert nicht die Einzelschicksale. Der SBPV wird den Prozess begleiten und die Betroffenen - wo nötig - ebenfalls unterstützen.

Bereits seit Juni 2023 werden die Sozialpläne von UBS und CS (gemäss dem Prinzip «best-of-both») sowie die kommunizierten Zusatzleistungen dank des erfolgreichen Einsatzes der beiden Personalkommissionen angewendet.

Politische Debatte zum Finanzplatz Schweiz – keine Überregulierung

Der SBPV wird die kommende politische Diskussion rund um die neue Grossbank UBS eng verfolgen. Für ihn ist klar, dass die Mitarbeitenden im Zentrum stehen müssen. «Wir dürfen nicht nur von Zahlen und neuen Gesetzen reden, sondern von den Menschen. Die letzten Monate waren für alle und besonders für die Mitarbeitenden sowie die Personalkommissionen der beiden Grossbanken eine schwierige und fordernde Zeit», bestätigt Natalia Ferrara, Geschäftsführerin SBPV. Der SBPV wird neue Regulierungen kritisch aus Sicht der Mitarbeitenden spiegeln. «Es braucht eine konsequente Umsetzung von Regulierungen und nicht Aktivismus mit schlechten Gesetzen» hält die Rechtsanwältin Ferrara fest.

Schweizer Werte

Der Finanzplatz Schweiz hat für den Schweizer Arbeitsmarkt und unseren Wohlstand hohe Relevanz. Seine Entwicklung hat Auswirkungen auf unsere ganze Volkswirtschaft und somit auf alle Arbeitsplätze in unserem Land. Für Natalia Ferrara stehen die Schweizer Werte dabei im Zentrum: «Die UBS muss eine Schweizer Bank bleiben und die Schweizer Werte verkörpern und leben. Dazu gehört die jahrzehntelange Tradition einer gesunden Sozialpartnerschaft. Bei unterschiedlichen Meinungen müssen wir uns einigen, im Sinne der Mitarbeitenden», sagt Natalia Ferrara.



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

6. Februar 2024

Einheitlicher Sozialplan ab 1.1.2024 mit besonderem Schutz für ältere Mitarbeitende

Ab dem 1. Januar 2024 gilt für alle Mitarbeitenden der beiden Banken in der Schweiz der gleiche Sozialplan. Basis ist der seit 2019 geltende Sozialplan der UBS, wobei einige Leistungen ausgebaut wurden. Herzstück des Sozialplans ist die Verlängerung der Kündigungsfrist bis zu zwölf Monate. Während dieser Zeit erhalten die Betroffenen Unterstützung bei der Suche einer neuen Stelle. Ziel ist es, dass möglichst viele betroffene Mitarbeitende vor Ablauf der Frist intern oder extern eine neue Stelle finden.

Der Sozialplan sieht zudem einen besonderen Schutz der älteren Mitarbeitenden vor, die es erfahrungsgemäss trotz Fachkräftemangel schwieriger haben, eine neue Stelle zu finden. Zudem gibt es die Möglichkeit einer frühzeitigen Pensionierung.

Der Schweizerische Bankpersonalverband ist zufrieden, dass seine Forderungen erfüllt wurden und gratuliert den beiden Personalkommissionen zu ihrem Verhandlungserfolg. Der Verband dankt den beiden Banken, dass sie auch in dieser Situation ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen.

19. Dezember 2024 (ein Tag vor der Veröffentlichung des PUK Berichts)

Am Freitag publiziert die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ihren Bericht. Der Schweizerische Bankpersonalverband erwartet Erklärungen, warum die zahmen Aufsichtsbehörden der Credit Suisse während Jahren erlaubt haben, mit tieferen Eigenmitteln zu arbeiten, als regulatorisch nötig und wieso der naiv handelnde Bundesrat zugeschaut hat. FINMA und Bundesrat haben es zugelassen, dass die Top-Banker der Credit Suisse die Grossbank an die Wand gefahren und damit tausende von Arbeitsplätzen gefährdet haben. Auch wenn die Verantwortung schlussendlich bei den Top-Managern der Credit Suisse liegt, muss das Versagen vor allem der FINMA personelle Konsequenzen haben.

Wieso haben die Aufsichtsbehörden und der Bundesrat die Credit Suisse nicht gezwungen, ihr riskantes Geschäftsmodell zu ändern – nötigenfalls mit Notrecht wie am 19. März 2023?

Es kann nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Der Schweizerische Bankpersonalverband wird den PUK-Bericht genau analysieren und fordert personelle Konsequenzen. Der Rücktritt von FINMA-Präsidentin Marlene Amstad ist überfällig. Aber auch die Rolle des Bundesrates muss analysiert und falls nötig Konsequenzen nach sich ziehen.